

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Klärung Medienöffentlichkeit

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.17.335 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Aufgrund der Neufassung des § 52 Abs. 3 Hessische Gemeindeordnung (HGO) wird aus der Mitte des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit der Frage, ob und ggf. inwieweit die Hauptsatzung der Stadt Kassel betreffend die Zulässigkeit und Herstellung von Medienöffentlichkeit in öffentlichen Sitzungen geändert werden soll, zu befassen hat und entsprechende Vorschläge für das Plenum erarbeiten soll. Den Vorsitz der Arbeitsgruppe führt die Stadtverordnetenvorsteherin.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, CDU und FDP betr. Klärung Medienöffentlichkeit, 101.17.335, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Schmidt
Schriftführerin